

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
35 (1921)**

205 (2.9.1921)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-487128](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-487128)

Soll sich auf der Rechten darüber klar sein, wie der Versuch, die Republik in Ruß zu jagen, von der gesamten deutschen Arbeiterschaft beantwortet werde. Die Reichsregierung erfülle mit den Maßnahmen des heutigen Tages nur ihre Pflicht, indem sie größeren Gefahren vorbeuge lasse.

Holländische Verwarnung an Wilhelm.

„Doming Standaert“ erfährt an maßgebender Stelle, das holländische Foreign Office verfolge die augenblickliche Seite in Deutschland mit der ernstlichen Sorge, daß es im Interesse der Weltfriede liege, daß die Regierung sich, die lokal verurtheilt, die Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage von Versailles zu erfüllen, an der Macht bleibe. Auf diesem Grunde stelle die Downing Street im Haag fest, daß die vor kurzem von dem ehemaligen Kaiser an seine Anhänger in Deutschland gerichteten aufreizenden Telegramme nach Ansicht der beiden Regierungen einen Bruch der Bedingungen, unter denen dem ehemaligen Kaiser die Rückkehr gegeben wurden, bedeuten. Die holländische Regierung erteile, dem Kaiser zufolge, dem ehemaligen Kaiser eine energische Warnung.

Die Kundgebungen im Reich.

Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Demonstrationen im Reich außerordentlich groß gewesen. Selbst die Reichspresse gibt zu, wenn auch widerwillig, daß der Einbruch ein bedeutender war. Selbstverständlich gibt es auch Wähler, die versuchen, den Einbruch der Kundgebung hinwegzureden, doch muß demgegenüber festgestellt werden, daß die vernünftige Presse übereinstimmend die wichtigen und wichtigen Verluste der Demonstrationen feststellt. Kabareu überall im Reich sind die Kundgebungen ohne Zweifel fast verlassen und der Rufmarsch der Arbeitermassen wogte sich in mühseliger Ordnung, Ausbreitungen von Kommunisten werden aus Speyer und Heidelberg gemeldet, wo nach Beendigung der Demonstration unruhige Elemente durch die Stadt zogen. In Speyer sind einige Verhaftungen vorgenommen.

Preussischer Hauptauschuß.

Der Hauptauschuß des preussischen Landtages beschloß sich am Donnerstag mit dem Haushalt der Handels- und Gewerbeverwaltung für 1921. Zunächst wurde das gewerbliche und Fortbildungsschulwesen besprochen. Die Deutschnationalen forderten, den Schulunterricht außerhalb der schulpflichtigen Arbeitstätigkeit zu legen, damit die Jugend mehr von der Straße fortkomme. Unter Berufung Stiering widersprach den Deutschnationalen, die auch die Hebung der gewerblichen Schulwesen an das Kultusministerium verlangten. Stiering brachte die Ansicht der sozialdemokratischen Partei dahin zum Ausdruck, daß sie sich nicht für die Ministerium für Handel und Gewerbe die Aufsicht über das gewerbliche Schulwesen überlassen sehen will. Weiter verlangte er, daß die Erfüllung des vorgeschriebenen Unterrichts während der Arbeitszeit erfolge und bestimmte Tage für diesen Unterricht fest gegeben werden sollen. Offenbar kann vermehrt sich gegen die Aufsicht über das Schulwesen der Unternehmer an den Häusern der Arbeitstendenzen, für den Besuch der vorgeschriebenen Schule. Viele Gewerkschaften tragen lieber eine Befreiung durch die Schule, als den Verlust des Arbeitsverdienstes.

Darauf wurde in die Spezialkommission eingetreten und die Abstimmung über 42 vorliegende Anträge vorgenommen. Das Staatsministerium wurde ersucht, im nächsten Jahre die für die gewerbliche Schulbildung bereitgestellten Mittel zu erhöhen. Ein sozialdemokratischer Antrag zum Ausbau der Fort- und Ausbildungsschulen, insbesondere zur Unterstützung der leitungslosen Gewerbetenden, die im Etat vorgesehene Summen um 5 Millionen Mark zu erhöhen, wurde angenommen. Ferner wurde ein sozialdemokratischer Antrag festschrieben, der die Erhöhung der im Etat eingestellten Summen zur Förderung der nicht gewerblichen Arbeitsvermittlung, sowie der Berufsberatung und Berufslehreerleichterung auf 1 Million Mark vorsetzt. Ein von allen Parteien unterstützter Antrag ersucht die Bauverwaltung für die Werke in Weiden, Köln, Frankfurt am Main und Königsberg von 2 1/2 Millionen auf 10 Millionen Mark. Ein eingetragener wurde der Titel Aufschüsse für Einrichtung von Hausböden und hauswirtschaftlichen Berufslehren mit 5 Millionen Mark. Ein sozialdemokratischer Antrag ersucht das Staatsministerium, bei der Reichsregierung auf eine baldige allgemeine Revision des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaftsverbände, hinzuwirken. Weiter wurde noch beschlossen, im Bundesministerium sowie bei allen in Betracht kommenden Dienststellen der Handels- und Gewerbeverwaltung Frauen aus planmäßige Beamtinnen einzustellen, insbesondere auch als Gewerkschaften in den Gesch- und Gewerkschaften. Bei der Gesamt-Abstimmung über den Etat enthielten sich die Sozialdemokraten der Stimme. Mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien wurde der Haushaltsplan angenommen.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Eine Bekämpfung der Weltwirtschaft. — Keine Ueberfischung der Nordsee. — Die wirtschaftliche Bedeutung des amerikanischen Friedensvertrages. — Am Ende der bolschewistischen Wirtschaftspolitik.

Die Industrie läßt eine merkwürdige Bekämpfung in der Weltwirtschaft erkennen. Vor allem hat die Textilindustrie ihren Tiefstand überwinden und gegenwärtig sogar reichliche Beschäftigung aufzuweisen. Auch in der Eisenindustrie ist die Nachfrage lebhafter, so daß die Dänemerk-Produktion eine gesteigerte Tätigkeit aufweisen können. Die Bekämpfung der Weltwirtschaft macht sich hier auch bemerkbar in einem Ansehen der Preise, die bei einigen Sorten ziemlich erheblich im Gewicht fallen. Eine Ausnahme macht der Schiffsbau. Die Werften haben unter der Wirkung des Aufbauprogramms ihre Leistungen sehr über das Maß der Aufträge gesteigert, so daß namentlich bei der Regierung der Zusammenbau aus dem holländischen Fonds, der für den Wiederaufbau der Richte bestimmt ist, Stellungen einzutreten, die zu Arbeiterentlassungen geführt haben. Im Bergbau haben wir erstens die Produktion in den verschiedenen Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme in der Förderung sowohl der Steine, als auch der Braunkohle zu verzeichnen. Die Steigerung der Förderung ging bei der Braunkohle von 7340 Mill. Tonnen auf 7715 Mill. Tonnen, und bei der Steinkohle von 6144 Mill. Tonnen auf 6935 Mill. Tonnen. Selber genügt die Produktion nicht, um voll den Bedarf zu decken, den die Industrie und unsere großen Verkehrsinstitute haben. In letzter Zeit sind wieder erhebliche Mengen englischer Kohle über Hamburg eingeführt worden. Uns wird berichtet, daß in der ersten Hälfte des August 20 000 Tonnen Steinkohle eingingen. Die Preisbewegung zwischen inländischer und englischer Kohle ist nicht noch erheblich, wenn aber unter diesen letzten Kohle eingeführt wird, so gibt nur der Mangel an gewerblicher Bekämpfung durch einseitige Kohle Bekämpfung dafür. Es muß immer wieder betont werden, wie wenig ein solcher Zustand dem allgemeinen wirtschaftlichen Standpunkt entspricht, denn wir belasten damit unsere Einfuhrkosten erheblich und schädigen unsere Ausfuhrleistung.

Wegfall sich somit, daß im allgemeinen über eine bessere Lage der Industrie berichtet werden kann, so wäre es verfehlt, auf diesen Erfolgsweg folgen zu wollen, daß wir beständig für längere Zeit eine Aufwärtsbewegung nach uns haben. Wesentlich ist die größeren Aufträge, die für einige Industrien in Frage kommen, zurückzuführen auf die drohenden Steuern, die den Anstoß geben, daß der bestimmte Waren stetig Aufträge gegeben werden und die Lage vollständig werden. Für den Außenhandel kommt natürlich auch die Entwertung der Reichsmark, die es gestattet, zu möglichen Preisen nach dem Ausland die Waren anzusetzen. Es besteht be-

Die entristete Rechtspreffe.

Die deutschnationalen und völkerverfeindliche Presse entristet sich heute über die Sicherheitsmaßnahmen der Reichsregierung gegen die Verhinderung des Volkes. Es ist deshalb interessant, deutschnationalen Ansichten zu hören, als links auszusprechen sollte. Namentlich das Berliner Elektrizitätsbüro äußerte der deutschnationalen Abgeordnete Petzsch am 20. November 1920 im Reichstage:

„Man hat den Eindruck, daß es zu diesen beschämenden Zuständen nicht gekommen wäre, wenn die zutunfähigen Stellen rechtzeitig die Mittel zur Verfügung ständen, die notwendig sind, um die Anwendung gebracht hätten.“

Jetzt hat die Regierung von den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln entfallen Gebrauch gemacht, da setzen dieselben Dingen, die sonst immer nach Rechtsweg hätten, als es gegen links ging.

Aber noch ein anderer Beispiel: Am 19. Januar 1921 erklärte der deutschnationalen Abgeordnete Straßmann bei der Interpellation über den holländischen Ausnahmestatus es für notwendig, daß die Autorität des Staates wieder hergestellt, daß die Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten und gefördert ist, ehe es zu spät ist — — —, es läßt rechtzeitig darauf an, daß Vorkriegsmaßnahmen getroffen werden.

Schiedspruch in der Berliner Metall-Industrie.

Der auf Grund der Unternehmern des Reichsarbeitsministeriums eingesetzte Schlichtungsausschuß hat für die Berliner Metallindustrie am 31. August einen einstimmigen Spruch gefällt. Danach erhalten die männlichen Arbeiter über 21 Jahre 7 1/2 Pf. pro Stunde mehr. Für die Arbeiter von 18-21 Jahren ist eine Erhöhung der Löhne um 6 1/2 Pf. vorgeschrieben. Jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren erhalten eine Erhöhung ihrer Löhne um 2 Pf. pro Stunde bis zum 1. Juni 21. Arbeiterinnen an Maschinen und Handarbeiterinnen bekommen 50 Pf. pro Stunde mehr. Für die Glühlampen-Industrie wurde ein besonderer Tarif aufgestellt, der unter den vorgenannten Sätzen bleibt. Die Feuerungslöhne wurden auf 24 Mark erhöht, und zwar sowohl die Feuerungslöhne, sowie die für jedes Kind zu gebührende Feuerungslöhne. Auch die Arbeiterinnen um mehr als 20 Prozent überhöhen wurde, erfahren eine Erhöhung. Bis zum 3. September müssen die Parteien dem Reichsarbeitsministerium gegenüber ihre Annahme bzw. Ablehnung erklären. Die Berliner Metallarbeiter werden durch Urabstimmung über den Tarif entscheiden.

Statistisches von der Geldwertung.

Von Friedr. Hees.

Die nachfolgende Erörterung des Preises auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Geldwertung. Von ihr werden alle Nationalökonomien betroffen. Ein höchstes natürlich, das wenn man sagt, daß sie als selbstig zu gelten haben. Auf die Ursachen der Geldwertung soll hier nicht eingegangen werden. Sie bilden eine ganze Reihe, die mit der Warenknappheit, besonders mit dem Mangel an Lebensmitteln begann. Auch die Mittel zur Bekämpfung dieser Erscheinung sollen hier unerörtert bleiben, um so mehr, als es sich hier um nur schwerer zu lösende Fragen handelt. Es soll hier nur einmal darauf hingewiesen werden, wie sich diese Geldwertung in der Entwertung des Geldes äußert.

Die Unternehmern dazu liefert die Statistik der preussischen Einkommensteuer-Veranlagung für das Steuerjahr 1919, bearbeitet vom preussischen statistischen Landesamt. Die selben erschienen im 1. Heft der Zeitschrift „Statistik“, die im Jahre 1920 als die Einkommensteuer in Kraft getreten ist, sodann aber auch, weil sie Vergleichszahlen enthält für die ganze Zeit der Anwendung des preussischen Einkommensteuergesetzes, nämlich für die Jahre 1892 bis 1918. Es hat sich also im Vergleich der Gesamtsumme der Einkommen der Deutschen Reiches außerordentlich bedeutend erhöht.

Bei der erstmaligen Veranlagung im Jahre 1892 betrug, wenn man die Provinz Posen außer Betracht läßt, die Rentien-Gesamtzahl, also die Zahl der Veranlagten, 2 866 125, die Gesamtsumme der veranlagten Einkommen 122 Millionen Mark und das steuerpflichtige Einkommen 810 Millionen Mark. Im Jahre 1919 wurden 9498 Rentien zu 764 Millionen Mark Steuern veranlagt. Das steuerpflichtige Einkommen ist auf 2 848 Millionen Mark gestiegen. Es hat sich also im Vergleich der Gesamtsumme der Einkommen der Deutschen Reiches außerordentlich bedeutend erhöht, nämlich um 301 v. H., also um über das Dreifache vermehrt, während die veranlagte Steuer um 836 v. H., die zu erhebende einschließlich der Zuschläge um 1202 v. H. gestiegen ist, also um das Fünffache und das

Sechsfache bereits wieder eine starke Abnähme im Auslande gegen die Einfuhr der billigen deutschen Waren, zumal man im Auslande fast darauf bedacht ist, durch Preisfestsetzung den Absatz zu heben. Das läßt unter Lage in wirtschaftlicher Beziehung zeichnet sich eben an der Gegenüberstellung der beiden entgegengesetzten Tendenzen, während wir im Inlande vorzugehen zu höheren Preisen kommen, geht der Ausland in der Preisbildung zurück. Wir können und damit immer mehr davon auszugehen, daß die Preise der bringenden unterwertige Markt im Preisbereich der Weltmarkt über den höherwertigen Markt ins Weltmarkt. Die weitere Folge wird sein, daß wir unseren Vorkauf im Außenhandel nach und nach verlieren, und die Preise, die auf dem Weltmarkt fest langer Zeit die Industrien fast beeinträchtigen, auch bei uns nachhaltiger zur Geltung kommt, als das bisher geschah.

Eine sehr erhebliche Preissteigerung wurde vom Reichsministerium wiederum dem Halberstadt angehängt. Die Einkommen, hatten sie schon einmal in diesem Jahre eine Erhöhung der Halberstadt um 25 Proz. zu verzeichnen, der nun abermals einen Aufschlag von 25 Proz. gefolgt ist. Die Erhöhungen sind im wesentlichen zurückzuführen auf dem Rückgang des Absatzes nach dem Auslande. Bei diesem Absatz wurden im vorigen Jahre sehr erhebliche Preisnachlässe erteilt, die zur Senkung des Inlandspreises veranlaßt wurden konnten. An der letzten Preissteigerung steht durch die Lohnforderungen der Halberstadter Arbeiter ein Aufschlag von 18 Proz. Es geht sich die enge Verbindung der Lohnforderungen mit der Preissteigerung; letztere macht jede Lohnforderung sich in der Preissteigerung bemerkbar.

Nach sehr langen Verhandlungen ist die deutsche Regierung endlich zum Abschluß eines Friedensvertrages mit der amerikanischen Regierung gekommen. Es liegt nahe, zu denken, welche Hoffnungen auf wirtschaftlichen Gebieten an dem Friedenskommen des Vertrages zu knüpfen sind. Die Handelsbeziehungen zu Amerika wurden vorher schon in ziemlichem Umfang wieder aufgenommen worden, aber es erhoben sich doch eine Reihe Schwierigkeiten, umgeben bei den Handelsverträge zu klären. Die amerikanische Regierung hat gesagt, daß sie bereit ist, sehr bald mit uns in Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages einzutreten. Man wird sich keinen großen Hoffnungen hingeben dürfen, daß dieser Handelsvertrag, der uns von der amerikanischen Regierung angeboten wird, gerade für uns günstige Bestimmungen enthält. Auch sonst wäre es sehr überzählig, sich groß der Hoffnung hinzugeben, daß wir in Amerika einen sehr relativ vortheilhaften Aufnahme unserer Waren finden können. Die amerikanische Regierung wird sich bei den Verhandlungen der deutschen Regierung gegenüber nicht auf die besten Stellen den Schutz zu nehmen. Eine solche unerbittliche Handels- und wirtschaftpolitische Interessen in internationalen Verträge muß, wenn diese Unrecht aufrecht erhalten wird, recht bitter empfunden werden. Amerika wird also sehr bald zu seinen Gunsten, ob es bereit ist, mit Deutschland wirklich in ein Vertrags-

Verhältnis sich vermindert hat. Bei dem Einkommen ist eine Erhöhung um 448 v. H., das ist annähernd das Fünffache, eingetreten. Am stärksten liegt hierher die Summe der erwerbenden Steuer, etwas weniger das veranlagte Einkommen, am geringsten die Zahl der Rentien. Die Verteilung der Provinzen ergibt, daß die Provinz Ost- und Brandenburg die höchsten Steuererträge zu bringen, nach sich auf der verhältnismäßig günstigen Wirtschaftslage dieser Provinzen erklärt. Das geringste Steuerertrinken zeigen die Provinzen Ost- und Westpreußen und Pommern.

Am Einzelheiten ist folgendes hervorzuheben. Bei der Veranlagung der Rentien ist zunächst bemerkenswert, daß die Zahl der männlichen Rentien, also Körperrenten, wie Anwartsrenten, Altersrenten, Invalidenrenten, usw. besonders stark vermehrt haben. Der Gesamtsumme liegt von 1907 im Jahre 1892 auf 8561 im Jahre 1919 und 12 460 im Jahre 1919. Im letztgenannten Jahre betrug die steuerpflichtige Einkommen dieser Körperrenten 2873 Millionen Mark, das eingezahlte Alterskapital 13 658 Millionen Mark. Dem stehen die Altersrenten, die allein über ein Kapital von 12 215 Millionen Mark verfügen. Es folgen dann die Pensionsrenten mit 1812 Millionen Mark, die eingetragenen Rentenrenten mit 80 Millionen Mark und die Renten zum gemeinsamen Einkommen mit 30 Millionen Mark. Die Gesamtsumme der im Jahre 1919 zum 31. Dezember beschäftigten Arbeiter betrug in den Jahren 1919 und 1918 9515 Millionen Mark, davon sind 1511 Millionen Mark zu Dividendenzahlungen verwendet worden, während 1304 Millionen Mark zu Kapitalzahlungen, Geschäftsvorteilungen usw. verwendet wurden. Das ist ein auffälliger Beweis dafür, daß die Höhe einer Dividende noch lange kein Beweis für den Gewinn eines Unternehmens ist.

Was die persönlichen Renten anbetrifft, so ist bemerkenswert, daß die Bevölkerungszahl in Preußen im Jahre 1919 noch 38 Millionen betrug. Davon waren 20 1/2 Millionen ein- und zweifachpflichtige Personen oder Angehörige von solchen, 11 1/2 Millionen waren steuerfrei, weil ihr Einkommen 900 Mark nicht übersteigt. Die Arbeitskraft betrug die Zahl der Einzelpersonen und Durchschnittsbeträge, die Steuer sollten nur 9 1/2 Millionen. Gegenüber der vorausgegangenen Jahre haben sich infolge der Geldwertung namentlich die steuerfreien Personen stark vermehrt. Die steuerpflichtigen aber ebenso erheblich vermehrt. Von den persönlichen Renten gebieten im Jahre 1919 zur unteren Einkommensgruppe von 900 bis 3000 Mark über drei Viertel, im Jahre 1918 sogar über vier Fünftel aller Rentien. Gleichwohl brachte im Jahre 1919 diese Einkommensgruppe noch nicht einmal ein Viertel der zu erhebenden Einkommensteuer auf. Der Einkommensgruppe von 3000 bis 6000 Mark gebühren nur 20 v. H. der steuerpflichtigen persönlichen Renten an, diese sogenannte Mittelschichtgruppe hat sich gegenüber dem Vorjahre um mehr als die Hälfte vermehrt. Nur ein Teil von 8 v. H. aller Steuerpflichtigen hatte ein Einkommen von mehr als 6000 Mark. Ein Einkommen von mehr als 1 Mill. Mark hatten im Jahre 1919 zusammen 287 Personen. Das Durchschnittseinkommen einer Person, also eines Einzelnen, betrug sich von 2282 Mark im Jahre 1906 auf 2871 Mark im Jahre 1917, 3204 Mark im Jahre 1918 und 3265 Mark im Jahre 1919. Von der Gesamtsumme des veranlagten Einkommens entfielen etwa 1/4 auf die Städte und nur 1/4 auf das Land. Die amtliche Statistik besteht aus einem reichen Tabellenwerk, das sonstige Einzelheiten nicht einschließt.

Die Ziffern beweisen, daß das Jahr 1919 und damit auch die Aufhebung des alten preussischen Einkommensteuergesetzes eine wirtschaftliche Epoche abschließt. Die Wirtschaftsentwicklung begann im Jahre 1920, das die Wirtschaftspolitik befristet und sich an die ungewissen Zeiten, die der Krieg gebracht hatte, anzunähern. Man spricht heute von einer Verengung der Real- oder Geldwert von der Volkswirtschaft. In Wirklichkeit sind die Einkommen viel weniger, die Warenpreise erheblich mehr gestiegen. Die Differenz zwischen beiden zeigt zu Zeiten unserer Lebenshaltung, die viel niedriger ist. Bemerkenswerter darüber wird das Einkommenstatistik auf Grund des neuen Reichseinkommensteuergesetzes sein.

Politische Rundschau.

Ein Revolutionsbeweis ist verneint. Wie uns aus Moskau mitgeteilt wird, ließ der Kommandeur einer Gips-Hundertkette nach der Ermordung Grahers die Beamten antreten und ihnen folgende Mitteilung machen: „Ein Revolutionsbeweis ist verneint, hoffentlich werden noch mehrere von diesen Scheinrenten, die als Revolutionsbeweis dieser heillosen Verwirrung machte sich unter der Verarbeiterschaft eine verhängnisvolle Bewegung heben. Da es nicht ausgeschlossen sein wird, daß die Erregung gewisse Folgen nach sich ziehen wird, ist von der Regierung zu verlangen, daß sie schnellstens einreist. Ein Eingreifen erscheint um so notwendiger, als die Verarbeiterschaft gegen die Lohnforderungen stehen und schon das Verhalten der Unternehmer den Exploitation angeheißelt hat.“

Verhältnis zu treten, daß unteren berechtigten Ansprüchen gemäß wird.

Die russische Regierung ist in der Forderung ihrer wirtschaftlichen Transformation abwärts einen erheblichen Schritt weiter zu den vollständigen Aufhebung ihres bisherigen Systems gegangen. Die anlässlich der Aufhebung ihres bisherigen Systems gingen die Verträge und der freien Willkür über, wobei zum freien Willkür über den Handel und in der Produktion zum freien ungeschützten Betrieb nur vorberichtet. Der Staat der Volkswirtschaft ordnet nun an, die holländischen Staatsbetriebe an privat Unternehmer zu verpachten, die frei und ungeschützt handeln und wettbewerben können. Es sind auch die früheren Betriebe als Käufer nicht ausgeschlossen, es können auch fremde Kapitalisten in Betracht kommen. Gegenüber den Entschloffenen wird in Verhandlungen nur der Schein markiert, als ob der Staat sich noch irgendwelche Rechte vorbehalten hätte, um eines Tages wiederum eingreifen zu können. Schlimmer kann der Aufbruch des holländischen Wirtschaftssystems sich nicht offenbaren, als in dieser Richtung zum kapitalistischen System in ungeschützter Form. Während in der Forderung, den das russische Volk hat geben müssen, um diesen Entschloffenen den holländischen Staat zu bringen, ein sehr leichter, ist es so bescheiden, daß die Umstände viel zu spät erfolgt ist. Gerade kann aber nur wenig geteilt werden, und der Wiederaufbau der russischen Wirtschaft unter kapitalistischer Führung und Leitung wird eine sehr lang Zeit in Anspruch nehmen.

Auch in Bezug auf Finanzveränderung wird sich die russische Regierung auf einer veränderten Auffassung bewegen. Dieser wird es, daß die Entwertung des Rubels für den inneren Markt keine Bedeutung habe. Nunmehr wird berichtet, daß die russische Regierung eine sehr erhebliche Anleihe aufnehmen will, die ihr Kapital und am weitesten Kapitalisten zur Verfügung stellen gegen Verpachtung von Staatsbetrieben zur Verwertung von wertvollen Renten. Begründet wird diese Anleihe mit der Verwertung des Rubels und auch auf dem inneren Markt erhebliche Erhöhungen ergeben haben und daß die Aufrechterhaltung dieses Zustandes für die Dauer unzulässig erscheint. Also auch hier wird eine Öffnung zu Grunde gelangen werden. Die wolle unteren deutschen Kommunisten immer die Revolutionsbeweis vor, daß das russische Wirtschaftssystem ein- und zweifachpflichtige Personen oder Angehörige von solchen, 11 1/2 Millionen waren steuerfrei, weil ihr Einkommen 900 Mark nicht übersteigt. Die Arbeitskraft betrug die Zahl der Einzelpersonen und Durchschnittsbeträge, die Steuer sollten nur 9 1/2 Millionen. Gegenüber der vorausgegangenen Jahre haben sich infolge der Geldwertung namentlich die steuerfreien Personen stark vermehrt. Die steuerpflichtigen aber ebenso erheblich vermehrt. Von den persönlichen Renten gebieten im Jahre 1919 zur unteren Einkommensgruppe von 900 bis 3000 Mark über drei Viertel, im Jahre 1918 sogar über vier Fünftel aller Rentien. Gleichwohl brachte im Jahre 1919 diese Einkommensgruppe noch nicht einmal ein Viertel der zu erhebenden Einkommensteuer auf. Der Einkommensgruppe von 3000 bis 6000 Mark gebühren nur 20 v. H. der steuerpflichtigen persönlichen Renten an, diese sogenannte Mittelschichtgruppe hat sich gegenüber dem Vorjahre um mehr als die Hälfte vermehrt. Nur ein Teil von 8 v. H. aller Steuerpflichtigen hatte ein Einkommen von mehr als 6000 Mark. Ein Einkommen von mehr als 1 Mill. Mark hatten im Jahre 1919 zusammen 287 Personen. Das Durchschnittseinkommen einer Person, also eines Einzelnen, betrug sich von 2282 Mark im Jahre 1906 auf 2871 Mark im Jahre 1917, 3204 Mark im Jahre 1918 und 3265 Mark im Jahre 1919. Von der Gesamtsumme des veranlagten Einkommens entfielen etwa 1/4 auf die Städte und nur 1/4 auf das Land. Die amtliche Statistik besteht aus einem reichen Tabellenwerk, das sonstige Einzelheiten nicht einschließt.

Der Staat ist sehr schwerer, ebenso wird es auch außerhalb des inneren Marktes eine Wirkung nicht verfehlen.

Stehen Sie um 5 Uhr auf dem Sprunge, damit Sie noch Platz bekommen, wenn die Theater geöffnet werden!

Setzen Sie sich um 6 Uhr auf den heißer kämpften Platz, da die Vorstellung pünktlich in den Theatern beginnt.

Deutsche und Kammer-Lichtspiele
3 Uraufführungen
BERLIN W
Der Herkules der Schwarzen Berge
Goliath Armstrong
der größte Original-Amerikanische Sensations-schlagler in 6 Abteilungen u. 30 Akten.

Colosseum- und Apollo-Lichtspiele
3 Uraufführungen
Der stärkste Mann Italiens
ALBERTINI
in dem Original-italien. Sensations-Epochenfilm:
Der stumme Simson!
Zweiter Teil: Der Sprung auf Leben und Tod!

Die Glückstalle
Eine pikante Liebestragödie in 5 Akten.
Lotte Neumann, der Liebling aller Theaterbesucher, in der Hauptrolle.

Hämorrhoiden, Wurmleiden
(Condurum, Opunt und Madenwürmer), vollständige Beseitigung ohne Verabreichung durch neues Spezialverfahren.

Qualität und Preise reden!
Empfehlen
Kaffee und Tee
in bekannnten, beliebten Qualitäten noch zu alten Preisen!

Pottbacher, Bismarckstraße 117
Linhof, Bremer Straße 71
Volljes, Wilhelmsh. Straße 116
Athen, Roonstraße 29
Christoffers, Grenzstraße 65.

Prima Kartoffeln
per Zentner RM. 55.00 ab Saager und RM. 57.00 frei Haus liefert
C. Schmidt, Zehden: Anton Schmidt

Billige Woche
in der
Walchmittel-Zentrale
Alte Strasse 16
Eigenes Rabatt-System!
Seifenpulver, Pfund . . . 3.00
Schmierseife, Pfund . . . 3.50

Wer jetzt kauft, spart Geld!
Viele Monate vor der beginnenden Preiserhöhung auf dem Ledermärkte haben wir große Posten
Schuhwaren für Herbst und Winter
zu enorm billigen Preisen eingekauft und sind heute in der Lage, viele Artikel zum Teil billiger zu verkaufen, als sie jetzt im Einkauf zu haben sind.

Dr. Oetker's
Puddingpulver
in feinsten Friedensqualität
ist wieder überall zu haben, Man achte darauf, daß man die echten Fabrikate mit der Schutzmarke Oetker's Hähnenkopf erhält.

Banter Bürgergarten
Auf Wunsch der Stammgäste
Sonntag, den 3. September, abends 8 Uhr:
Große Wiedersehensteier
der aus dem Eismeer zurückgekehrten Kommandos, bestehend in Konzert, humoristischen Vorträgen und Ball.

Großes Karnevalsfahren
Lilienburg Tanzkränzchen
Bierhaus Börse
Görz Wein-Genieß- und Börsenstr. 6.

Großer Preisfest!!
Sonntag, den 3. September, (sozialer)
Sonntag, den 4. September, (sozialer)
Sonntag, den 5. September, (sozialer)

Allgemeine Ortskrankenkasse
Wilhelmshaven-Rüstringen.
Bekanntmachung.
Gemäß Beschluß des Vorstandes und Aufsichtsrats mit Zustimmung des Aufsichtsrats nach erfolgter Genehmigung mit Wirkung vom 29. August 1921, ab wie folgt geändert:

Öffentliche Versammlung
Am Dienstag, den 6. Septbr. abends 8 Uhr, im Friedrichshof
Genosse Prof. Dr. Ludo Hartmann aus Wien

Großdeutsche Politik
Eintritt 1 RM. Reden in deutscher Sprache. Eintritt 1.50 RM.
Sozialdemokratische Partei (S. P. D.)
Wilhelmshavener Gesellschaftshaus.
Weinstube und Bar „Uhu“ Weinstube und Bar

Denken Sie an unseren
Anverkauf
Benutzen Sie ihn in weitgehendstem Maße, denn Sie werden kaum mehr so riesig billig einkaufen können.
Wir geben unser Schubgeschäft vollständig auf
Gebrüder Götsch
Bismarckstrasse 61.

Troden. Brennholz
Zentner 10.00 Mark
Sonntag ab am Banter Marktplatz.

ADLER
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Die Neuheit!
Willis Frau
Nur vorzügliche Qualität, Umfang 8 Liter

Deutscher Bauarbeiter-Verband
Mittwoch, 2. September, abends 8 Uhr, im Friedrichshof

Arbeiter-Turnverein Germania
Sonnabend, 3. Septbr., abends 8 Uhr
Mitglieder-Versammlung

Arbeiter-Gewerkschaft
Sonnabend, 3. Septbr., abends 8.30 Uhr
Monats-Versammlung

Arbeiter-Gewerkschaft
Sonnabend, 3. Septbr., abends 8.30 Uhr
Monats-Versammlung

Anna
Sonnabend, den 3. Septbr., abends 8.30 Uhr
Ausflug nach Sandbühl

Todes-Anzeige
Wir erheben heute die Leiche des verstorbenen Herrn

